

DIE LINKE. Sachsen

Landesvorstand

Niederschrift der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand und Landesrat vom 30. April 2016

Ort: Gewerkschaftshaus Dresden

Anwesende Mitglieder:

siehe Anwesenheitslisten

Entschuldigte Mitglieder:

siehe Anwesenheitslisten

Erstellung der Niederschrift:

Juliana Schielke

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Niederschriften zur Information:

Unterlagen:

- Tagesordnung
- Anträge an den Landesparteitag: R.2. / R.3. / A.1. / F.1. / F.3. / F.4. / F.10. / F.11. / F.13. / F.14. / F.15. / F.18. / F.19. / F. 20. / F.25.
- Leitantrag an den Landesparteitag – Praktische Politik für ein demokratisches, weltoffenes und sozial gerechtes Sachsen
- Organisatorische Vorschläge zur Sicherung der politischen Handlungsfähigkeit im Landesverband DIE LINKE. Sachsen
- Entwurf von Satzungsänderungsanträgen des Ortsverbandes Göltzschtal
- 2 Papiere zur Zusammenarbeit von Landesvorstand und Landesrat
- sächsische Anträge an den Bundesparteitag

Tagesordnung:

1. Vorbereitung Landesparteitag: Leitantrag, Satzungsfragen, Finanzfragen, Wahl- und Aufstellungsverfahren
2. Verständigung zum Umgang des Landesvorstandes mit dem Veto des Landesrates zur AG Strategie
3. Verständigung zum Austausch und der Zusammenarbeit zwischen Landesrat und Landesvorstand
4. Informationen zum Stand der Vorbereitung des Bundesparteitages
5. Sonstiges

TOP 1 – Vorbereitung Landesparteitag: Leitantrag, Satzungsfragen, Finanzfragen, Wahl- und Aufstellungsverfahren

zum Zeitplan:

Antje Feiks:

- wir werden aufgrund der vollen Tagesordnung bis 21 Uhr tagen müssen
- wir müssen im Jahr vor der Bundestagswahl das Wahl- und Aufstellungsverfahren dazu beschließen
- der Zeitplan zu Finanzen sieht es vor, dass wir auf diesem Landesparteitag auch über die Finanzordnung und das Finanzkonzept reden müssen
- wir müssen Nachwahlen für die Landesschiedskommission durchführen

zur Geschäftsordnung:

Antje Feiks:

- für die Geschäftsordnung gibt es einige Änderungen: Wortmeldungen können bis Ende der Debatte eingereicht werden; es wird ein Losverfahren (geordnet nach weiblich und männlich) für die RednerInnenliste vorgeschlagen
- bei Anträgen kann zwischen EinreicherInnen und UnterstützerInnen unterschieden werden; nur die EinreicherInnen können Änderungen vornehmen
- die Bedingung für einen Dringlichkeitsantrag kann nur ein Ereignis sein, das nach Antragschluss eingetreten ist
- Änderungsanträge können nur bis 7 Tage vor der Tagung eingereicht werden; dies gilt nicht für Dringlichkeits- und Initiativanträge sowie für Änderungsanträge zu Änderungsanträgen
- Änderungsanträge, die mehr als 1/3 des Antrags betreffen, müssen 14 Tage vor der Tagung vorlegen

aus der Diskussion:

- beim Losverfahren ist das „aufeinander Bezug nehmen“ nur schwer möglich; es sollte in der Wortmeldung stärker der Bezug zum Antrag klar werden; dabei darf nicht zu jedem beliebigen Thema gesprochen werden; die Landesparteitage müssten stärker inhaltlich mit dem Leitantrag zur Geltung kommen; das Verfahren folgt zu sehr dem Zufallsprinzip
- das Losverfahren ist das demokratischste Verfahren; das Thema der Wortmeldung kann man nicht erzwingen
- es sollte unbedingt darauf hingewiesen werden, dass nur zum Thema gesprochen werden darf
- alle sind erfahren genug, dass sie dies einhalten sollten, allerdings wird ein zusätzlicher Apell nichts daran ändern, wenn eine Person doch zu einem anderen Thema sprechen will
- es ist ein Bedürfnis der GenossInnen, dass sie auf dem Landesparteitag zu einem Thema sprechen wollen; das ist basisdemokratisch und sollte so zugelassen werden
- die Tagungsleitung sollte bei Themenabweichungen auch darauf hinweisen dürfen → wird in den Vorbesprechungen der Tagungsleitung besprochen
- es können Änderungsanträge zur Geschäftsordnung gestellt werden, die dann auf dem Landesparteitag behandelt werden
- Vorschlag für 2 Lostöpfe: einen zum Thema und einen für spontane Themen
- Vorschlag zur Einreichung von Änderungsanträgen: nicht 7 sondern 6 Tage vor der Tagung
- es gilt das Eingangsdatum des Antrages in der Landesgeschäftsstelle; das kann auch ein Samstag oder Sonntag sein
- Was sind Sammelanträge? – mehrere abzustimmende Punkte auf einem Antrag; die Anträge müssen einzeln gestellt werden
- die Änderungsanträge können von jeder Einzelperson gestellt werden; das kann demnach rechtzeitig 7 Tage vorher geschehen und Gremien können sich auch danach noch dazu verständigen
- es wird eine Übergangsregelung vorgeschlagen: für diesen Landesparteitag gilt noch die alte Regelung und erst ab dem darauffolgenden Landesparteitag gilt die neue Regelung

zum Leitantrag:

Antje Feiks:

- wir haben uns zum letzten Landesparteitag viele Aufgaben gestellt; deshalb gilt der Leitantrag als grundsätzliches Papier für die derzeitige politische Situation
- wir wollen mit der Botschaft rausgehen: „Partei ergreifen für Demokratie“
- der Aufschrei gegen Asylpakete ist derzeit eher gering
- es ist uns wichtig, Partei für alle Unterstützungsbedürftigen zu ergreifen; wir haben dafür ein Wort gesucht, bei dem sich mehr Menschen angesprochen fühlen, ohne sich prekär zu fühlen
- wir müssen deutlich machen, dass Ehrenamt nicht kompensiert werden kann
- wir wollen ein soziales Europa und das ist viel sinnvoller als eine Wirtschaftsunion
- wir wollen deutlich machen, was wir konkret dafür tun, auch im Sächsischen Landtag
- auch wenn uns nicht die Mehrheit der Menschen wählen, wollen wir Politik für die Mehrheit der Menschen machen
- der Leitantrag ist bisher noch nicht vom Landesvorstand übernommen worden; die EinreicherInnen können jetzt noch unkompliziert Änderungen vornehmen

aus der Diskussion:

- der Leitantrag hat zu einem alternativen Text mobilisiert; wir sind nicht nur InteressenvertreterIn, wir wollen Wirklichkeit verändern; es missfällt das grundsätzliche Politikverständnis in diesem Papier; das ist ein Rückschritt für die Partei; so kommen wir keinen Schritt voran; wir müssen in die Vereine und Organisationen vor Ort und mit den Menschen dort reden; das reine Bekenntnis reicht nicht
- die Überschrift „Partei ergreifen“ reicht nicht, wenn man sich auf die Verteidigungspolitik zurückzieht
- es ist ein ureigenes Anliegen unserer Partei, dass wir auf allen Ebenen für direkte Demokratie stehen; das müssen wir beibehalten und dürfen wir nicht der AfD überlassen
- im Konkreten sind wir nicht in der Lage für die Mehrheit der Menschen zu sprechen
- wir haben zum letzten Landesparteitag einen Aktionsplan beschlossen, den wir noch abarbeiten müssen; wir sollten Rechenschaft darüber ablegen, was wir bereits abgearbeitet haben; mit Papieren haben wir derzeit keinen Erfolg; im Sinne des Papiers von den Parteivorsitzenden sollten wir den Aktionsplan fortsetzen
- ist zu unkonkret; der Leitantrag sollte auch von Menschen gelesen werden, die uns wählen sollen; die Analyse können wir für uns machen, sollte aber nicht in einen Leitantrag
- unsere eigenen Mitglieder sind etwas überfragt; unsere Mitglieder sollten nicht mit Papier überschüttet werden
- ein Leitantrag ist ein Antrag an den Landesparteitag und für die Partei intern eine Richtlinie; das wird in der Öffentlichkeit nicht gelesen; der Anspruch, damit nach außen zu wirken, ist nicht richtig
- wir haben immer weniger Mitglieder, die aktiv sind und viele unserer Mitglieder engagieren sich in Flüchtlingsinitiativen; wir machen seit Jahren nichts anderes als mit den Menschen zu reden
- wir sollten darüber reden, was wir in den nächsten 10 bis 15 Jahren erreichen wollen
- die neuen Mitglieder kommen mehrheitlich zu uns, weil wir gerade Haltung bewahren und Bekenntnis zeigen; sie wollen nicht mehr an der Seitenlinie stehen
- Was ist falsch daran, für die Menschen Partei zu ergreifen? – es gefällt, dass wir damit ausdrücken, wofür und für wen wir stehen
- es sollte etwas gekürzt werden; wir brauchen nichts Neues erfinden; es sollten unbedingt die Begriffe „Recht auf Arbeit, Bildung und Wohnung“ vorkommen
- der Leitantrag hat nicht die Funktion, damit einen Handzettel rauszubringen, sondern wir sollten der Presse und Öffentlichkeit deutlich zeigen, wofür wir stehen
- wir sollten keine Politik für Minderheiten machen; unsere Vorschläge sind für die Mehrheit sinnvoll
- wir sollten auf Landesebene die 3 Themen bespielen, die auch auf Bundesebene eine entscheidende Rolle spielen: Soziales, Frieden und Demokratie
- wir haben immer wieder beschlossen, in Bündnissen und Vereinen tätig zu sein; das machen wir auch praktisch schon
- wir sind leider nicht mehr ganz so schlagkräftig; das liegt am Mitgliederschwund; wir können den GenossInnen vor Ort nicht noch mehr Aufgaben aufdrücken, sondern wir sollten mal DANKE sagen
- wir sind momentan auf verlorenem Posten; wir müssen im ideologischen Kampf mehr fordern
- die Benachteiligten empfinden es nicht mehr als Demokratie, dann können wir keine Demokratie verteidigen, sondern müssen deutlich machen, dass es so nicht geht
- Wie können wir die WählerInnen, die wir verloren haben, zurückgewinnen? – wir müssen uns fragen, ob unsere Bekenntnisse dafür ausreichen
- wir müssen Konzepte benennen, an denen alle mitarbeiten sollen
- die Mehrzahl der Sätze sind nicht falsch; es ist fraglich, ob das maßgeblich für einen Leitantrag ist
- wenn wir uns aktuelle Umfragen, z.B. zum Thema Asyl, anschauen, sollten wir uns fragen, ob wir für diese Mehrheiten Politik machen wollen
- die AfD brüstet sich damit, dass sie maßgeblich dazu beigetragen haben, dass die Wahlbeteiligung angestiegen ist
- es sollte uns gelingen, ein Papier zu haben, dem die Mehrheit auf dem Landesparteitag zustimmt
- wir beschließen immer wieder die gleichen Dinge, mit denen wir uns dann in Sitzungen intern beschäftigen
- das Verankerungsproblem hatten wir schon weit vor der AfD
- jetzt stehen wir vor einer defensiven Situation, in der wir angegriffen werden; Mit wem wollen wir das verteidigen?
- die Auffassung „Jetzt ist Zeit zur Offensive“ ist grundsätzlich falsch
- es läuft in den Kreis- und Ortsverbänden unserer Partei gerade nicht toll und wir können ihnen nicht noch mehr aufdrücken
- auch unser Programm besagt, dass wir Politik im Interesse der Mehrheit der Menschen machen wollen

- wenn wir über Mehrheiten sprechen, ist das keine homogene Masse; was in Leipzig funktioniert, funktioniert in den anderen Städten eben nicht mehr
- der Parteitag muss in der Lage sein, eine Botschaft zu senden; dabei sind Reden oft wichtiger als Papiere; auch Journalisten lesen unsere Papiere oft nicht
- kein Leitantrag sollte innerparteiliche Schlachten begründen
- uns wird die Kompetenz auf einigen Feldern abgesprochen; deshalb sollten wir auch das Thema Wirtschaft mit in den Leitantrag aufnehmen
- die Macht der Medien ist nicht demokratisch; hier werden Meinungen gemacht; darauf müssen wir reagieren
- wir müssen differenzieren: die AfD in Sachsen ist anders als die in Sachsen-Anhalt, in Thüringen ist es wieder eine ganz andere AfD; wir müssen ganz genau hinschauen
- wir dürfen nicht nur Protestpartei sein; das können wir nicht wollen; da verkaufen wir uns unter Wert
- es wird sich gewünscht, die Analyse der Wirtschaft aus dem Antrag von Monika Runge mit aufzunehmen
- die Stunden zur Erarbeitung beider Papiere hätten anderweitig genutzt werden sollen; wir müssen was Konkretes tun
- unsere PolitikerInnen vor Ort werden gar nicht gesehen; die Basis weiß nicht, was los ist und die Politiker wissen nicht, was in der Basis los ist
- es ist wichtig, sich zu positionieren
- 5 Seiten für einen Leitantrag sind nicht zu lang
- überall herrscht Rassismus in den Schulen und am Küchentisch
- wir zeigen mit unserem Papier, wofür wir stehen
- Warum schreiben wir das Wort AfD in die Überschrift unseres Leitantrages? Warum kümmern wir uns nicht um die CDU?
- Wollen wir wirklich Menschen zurückgewinnen – Menschen, die die AfD wählen?
- es steht doch konkret drin, was wir alles wollen; die Fraktion muss es dann umsetzen
- wir sagen: „Die Mehrheit der Menschen besitzt kein Eigentum.“ – deshalb müssen wir uns doch auch für die Mehrheit der Menschen einsetzen; wir dürfen nicht so arrogant sein, zu sagen, nicht für die Mehrheit der Menschen zu sein, weil sie nicht so sind, wie wir uns das wünschen
- wir wollen links sein und es steht an, dies wieder deutlich zu sagen
- es existiert eine rechtspopulistische Partei und wir müssen der CDU die Schuld geben; es ist nicht unsere Aufgabe, die Menschen zurückzugewinnen, sondern wir müssen ihnen Angebote machen
- Wir müssen auf dem Landesparteitag viel über Parteiorganisation reden, aber was ist die Botschaft nach außen? Was ist die Schlussfolgerung für die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen? – die Öffentlichkeit erwartet so etwas
- wir werden uns nicht in der Flüchtlingsfrage ändern
- die Botschaft darf auch sein, dass wir nicht alles richtig gemacht haben
- die Aktionen, die bereits laufen, sollten kritisch hinterfragt werden und ggf. Methoden geändert werden, um erfolgreicher zu sein
- es sollte aus beiden Anträgen ein neues Papier geschrieben werden
- die parlamentarische Demokratie ist gefährdet; die Demokratie kann nur im Vorwärtsgang in der offenen Ansprache verteidigt werden; wir brauchen mehr demokratische Mitbestimmung auf allen Ebenen
- ohne theoretische Reflexion geht kein Aktionismus
- wir mobilisieren die Menschen nicht, indem wir Bekenntnisse nach außen pusten
- die AfD darf auf keinen Fall der Hauptgegner in unserer öffentlichen Fokussierung sein
- Monika Runge wird ihr Papier hinsichtlich der AfD nochmals überarbeiten
- wir haben unterschiedliche Auffassungen davon, was gerade wichtig ist; wir dürfen nicht anderen vorwerfen, dass ihre Ansichten falsch sind; wir müssen auf unsere Debattenkultur achten; wir wollen eine faire Partei sein; Warum gibt es denn keine konkreten Änderungsanträge?
- der Landesvorstand wird erst am 20. Mai den Leitantrag übernehmen; so lange sind Änderungen mit den EinreicherInnen noch unkompliziert möglich
- mögliche Verfahrenswege sind: Einreichung eines Ersetzungsantrages, Einreichung von Änderungsanträgen zum Leitantrag und eine Diskussion zu Übernahmen zwischen den beiden AntragstellerInnen
- Debatten können offen geführt werden; es sollte im Vorfeld nicht selektiert werden
- die Reden auf Parteitagen werden die Richtung des Parteitages vorgeben; das ist Realität

- es wird zum Parteitag wieder begrenzte Debatten zu Themen des Leitantrages geben; das resultiert aus den Diskussionen im Vorfeld des Parteitages; dazu sollten aber auch Änderungsanträge gestellt werden

zum Finanzantrag F.20.: Ziele und Grundsätze des neuen Finanzkonzeptes:

Bernd Spolwig:

- bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit dem Finanzbeirat
- bittet darum, Änderungswünsche und Meinungen an den Finanzbeirat heranzutragen
- wollen auf dem Landesparteitag eine grundsätzliche Linie beschließen, um diese weiter auszuarbeiten; der Finanzbeirat will nach dem Landesparteitag die konkreten Punkte ausarbeiten und mit den Kreisverbänden diskutieren; auf dem sogenannten Kleinen Parteitag soll im September dann ein neues Finanzkonzept beschlossen werden

Tilo Hellmann:

- die aktuelle finanzielle Lage ist nicht rosig und sie wird nicht besser, wenn wir nicht gegensteuern
- die Arbeitsfähigkeit unserer Partei muss erhalten bleiben
- mit dem Mitgliederschwund wird die finanzielle Frage immer wichtiger
- wir müssen über die Höhe und die Struktur der Ausgaben sprechen
- Was sind Ausgaben, die Aufgabe der Gesamtpartei sind? – der Wahlkampf muss zentral finanziert werden und in Absprache mit den Kreisverbänden zentral gelenkt wird; auf Landesebene wird dabei nicht entschieden, wie Wahlkampf gemacht wird, aber wir wollen verhindern, dass die Kreisverbände unterschiedlich Geld zur Verfügung haben; dazu soll es einen gemeinsamen Wahlkampffonds geben, über den die Gelder verteilt werden
- die Ausgaben für die politische Arbeit, die nach außen wirkt, sollen erhalten bleiben, aber die inneren Kosten sollen reduziert werden
- eine Reduzierung des Personals ist bei den derzeitigen Aufgaben nicht machbar; wir müssen unser Personal genauso behandeln, wie wir das von Unternehmen erwarten; auf sie werden eher mehr als weniger Aufgaben in Zukunft zukommen
- wir sollten zukünftig auch eine Diskussion darüber führen, welche Aufgaben die Landesgeschäftsstelle übernehmen soll
- auch die Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion muss diskutiert werden; die Partei übernimmt oft Aufgaben, die eigentlich Aufgaben der Fraktion und dessen MitarbeiterInnen sind
- den Kreisverbänden soll nichts weggenommen werden
- wir müssen überlegen, wie wir die Mittel effektiver einsetzen können

aus der Diskussion:

- grundsätzlich gegen Unternehmensspenden
- Selbständige können private Entnahmen aus dem Unternehmen machen, um diese zu spenden und dabei handelt es sich dann um sein Privatvermögen
- es gibt dazu Änderungsvorschläge von Ralf Becker, die eingearbeitet werden sollen
- der Mitgliederschwund wird zukünftig zwischen den Stadt- und Kreisverbänden sehr unterschiedlich verteilt sein und demnach auch die Einnahmen der Mitgliedsbeiträge; hier sollten wir ein solidarisches Prinzip haben
- man sollte von den MitarbeiterInnen der Partei schon erwarten können, dass sie bei Tarifsteigerungen auch ihre Zuwendungen an die Partei erhöhen
- die GenossInnen vor Ort können gut entscheiden, von wem sie Spenden annehmen
- es ist bereits Beschlusslage auf Bundesebene, dass keine Unternehmensspenden angenommen werden dürfen; Ausnahmen müssen vom Landes- oder Parteivorstand beschlossen werden
- wir können das auf einem Landesparteitag diskutieren, müssen das dann aber als Antrag an den Bundesparteitag formulieren
- wir sollten keine Zahl zum Mitgliederschwund in das Papier schreiben, sondern nur, dass es deutlich spürbar ist
- Tarifsteigerungen für MitarbeiterInnen haben ihren Sinn und wir dürfen unser Personal da nicht anders behandeln, als wir es von anderen erwarten; wir sollten das Personal nicht verpflichten, Tarifierhöhungen spenden zu müssen
- es geht hierbei um wesentliche Dinge, von denen wir prinzipiell entscheiden müssen, ob wir das wollen oder nicht

- wir sollten die Diskussion der Unternehmensspenden nicht aufmachen und uns damit angreifbar machen; wir sollten das ruhen lassen und so beibehalten
- es sollte bei einem kontrollierten Vorgang zu Unternehmensspenden bleiben, aber diese Sauberkeit unsererseits wird uns im Vergleich zu anderen Parteien nicht besserstellen
- es soll eine ergebnisoffene Diskussion stattfinden
- wir müssen aber auch mal radikalere Vorstellungen diskutieren können; das könnte Teil einer Problemlösung sein
- Ziel des Papiers ist eine gewisse Fairness
- es herrscht ein großes Ungleichgewicht bei den Abgeordneten, was die finanzielle Unterstützung für die Partei betrifft
- es sollten auch Funktionszulagen bei der Berechnung der Zuwendungen an die Partei mit einbezogen werden
- Warum nehmen wir keine Unternehmensspenden aus der Wirtschaft an, wenn es doch so Gang und Gäbe ist? – es muss allerdings klar sein, dass wir nicht käuflich sind
- auch mit einem Solidarprinzip können wir nicht alles gleichwertig unterstützen

zum Finanzantrag F.25.: Änderungsantrag zur Finanzordnung – Vorgehensweise bei Planabweichungen:

- bei Planabweichungen können Nachtragshaushalte gemacht werden; der Landesvorstand soll dann abschließend über den geänderten Finanzplan beschließen
- das sollte das zuständige Gremium entscheiden und nicht zwingend der Landesvorstand – Wie oft trifft sich dann das entsprechende Gremium?; der Landesvorstand trifft sich monatlich und so ist eine schnelle Entscheidung gewährleistet

zum Satzungsänderungsantrag F.3.: Satzungsmodelle für Beratungen:

- darüber wurde bereits im Landesrat und im Landesvorstand diskutiert
- in beiden Modellen werden die Mitglieder aus den Landesweiten Zusammenschlüssen viel stärker eingeschränkt als die der Kreisverbände; die Kompetenz der Landesweiten Zusammenschlüsse wird dann in nur einer Person gebündelt
- auch ein Landesvorstand mit 16 Mitgliedern wäre arbeitsfähig
- der Landesvorstand hat eine andere Aufgabe als der Landesrat; er muss die Arbeitsweise des Landesverbandes aufrechterhalten
- unsere Gremien sollten alle quotiert sein; das ist für die Mitglieder des Landesrates aus den Kreisverbänden nur dann der Fall, wenn aus jedem Kreisverband 2 Personen gewählt werden; somit brauchen wir aus den Kreisverbänden allein schon 26 Personen
- das Prinzip der Zusammenschlüsse funktioniert auf Bundesebene sehr gut; dort sind sie im Bundesausschuss mit insgesamt 8 Menschen vertreten, die dort stellvertretend für alle Arbeitsgemeinschaften sprechen
- wenn eine Landesarbeitsgemeinschaft der Meinung ist, dass ihr Thema zu wenig Geltung hat, können sie sich in den Landesvorstand einladen
- die Landesweiten Zusammenschlüsse sind kein Selbstzweck; sie müssen nicht in einem Gremium vertreten sein, um ihre Arbeit voranzutreiben; dann sollten wir die Landesweiten Zusammenschlüsse lieber komplett rauslassen; das ist dann gerecht für alle
- die Landesweiten Zusammenschlüsse treffen sich einmal im Jahr, um ihre VertreterInnen zu wählen; da kann kein Standpunkt des jeweiligen Zusammenschlusses bekannt sein; das ist keine Interessenvertretung – es werden auf den Beratungen auch AnsprechpartnerInnen gewählt; diese können sich untereinander absprechen
- wir dürfen die Landesweiten Zusammenschlüsse nicht abwerten, sondern müssen sie fördern; so profitieren wir auch vom inhaltlichen Output
- die Landesweiten Zusammenschlüsse sind leider nicht alle quickelebendig
- es fehlt in der Aufgabenbeschreibung des Landesrates, dass er an der Meinungs- und Willensbildung beteiligt ist
- auch der Landesrat sollte den Fokus auf die Außenwirkung richten
- wir sollten Gremien nicht ausdehnen, sondern uns an der Finanzkonsolidierung beteiligen

- es ist keine Abwertung der Landesweiten Zusammenschlüsse, sondern ein Vorschlag, die Arbeit zu straffen und der Finanzkonsolidierung Rechnung zu tragen
- die Änderungsvorschläge zu den beiden Modellen werden vom Landesrat schriftlich formuliert und an den Landesvorstand gestellt
- die Debatte wird mit großer Mehrheit abgebrochen

zum Entwurf von Satzungsänderungsanträgen des Ortsverbandes Göltzschtal:

- die Konsultativ- und Initiativfunktion des Landesrates soll beibehalten werden, aber die Kontrollfunktion soll konkreter werden
- das Veto des Landesrates benötigt eine Zweidrittelmehrheit
- für die Zusammensetzung des Landesrates wird eine kleinere Größe vorgeschlagen

grundsätzliche Verständigung des Landesrates:

- alle, die möchten, sollen selbst Änderungsanträge stellen und an den Landesvorstand schicken
- es wird angeboten, auch die Telefonkonferenz nutzen zu können

Aus Zeitgründen konnten nicht alle TOP behandelt werden. TOP 2, 3 und 4 wurden alternativ zur Behandlung abgestimmt. Mit knapper Mehrheit wurde die Behandlung des TOP 4 beschlossen.

TOP 2 – Verständigung zum Umgang des Landesvorstandes mit dem Veto des Landesrates zur AG Strategie

Dieser Tagesordnungspunkt wurde aus Zeitgründen nicht behandelt.

TOP 3 – Verständigung zum Austausch und der Zusammenarbeit zwischen Landesrat und Landesvorstand

Dieser Tagesordnungspunkt wurde aus Zeitgründen nicht behandelt.

TOP 4 – Informationen zum Stand der Vorbereitung des Bundesparteitages

Rico Gebhardt:

- es gibt 3 Leitanträge an den Parteitag
- wir müssen einen neuen Parteivorstand wählen; die Vorsitzenden, die StellvertreterInnen, der Bundesgeschäftsführer und der Bundesschatzmeister kandidieren wieder
- es gibt eine zweite Kandidatur für den Parteivorsitz
- Stefan Hartmann und Marika Tändler-Walenta kandidieren wieder aus Sachsen für den Parteivorstand, Kerstin Köditz überlegt noch und Pia Barkow wird nicht wieder kandidieren
- es bleibt bei einer Stärke von 44 Mitgliedern
- der Landesvorstand Sachsen hat 3 Anträge an den Bundesparteitag gestellt: Debatte zum Bedingungslosen Grundeinkommen, zu Online-Mitgliederentscheiden und zum Thema Laizismus; letzterer wird derzeit heftig diskutiert
- es gibt einen Gegenantrag zum Thema Laizismus
- der Jugendverband unterstützt unseren Antrag
- wir sind schon mehrfach gebeten worden, den Antrag zurückzuziehen
- wir sind eher unzufrieden mit der Botschaft des Parteitages; die Leitanträge sind gut, allerdings sind sie vor den Landtagswahlen im März entstanden; es gibt jetzt noch ein Papier der beiden Vorsitzenden
- wir erwarten keine Dramatik auf dem Bundesparteitag
- unsere Umfragewerte sind nicht berauschend, aber auch nicht dramatisch
- jeder gestellte Antrag wird eingebracht, muss aber nicht zwingend behandelt werden
- es gibt einen Antrag zur Gründung eines gemeinsamen Betriebsrates der persönlichen MitarbeiterInnen der Bundestagsabgeordneten; die Abgeordneten, die diesem Betriebsrat nicht beitreten, sondern einen eigenen Betriebsrat für ihre MitarbeiterInnen haben, sollen laut dieses Antrags zukünftig bei

Listenaufstellungen nicht auf aussichtsreiche Plätze gewählt werden; das soll auch auf die Landtagsabgeordneten ausgeweitet werden
- wir werden keine zentralen Delegiertenvorbesprechung machen, weil die Beteiligung sehr gering war

aus der Diskussion:

- der Landesvorstand sollte auf seiner nächsten Sitzung noch einmal darüber beraten, ob er den Antrag zu Laizismus wirklich aufrechterhalten möchte; das ist strategisch in der derzeitigen politischen Lage nicht angebracht; Gegenmeinung: unbedingt aufrechterhalten
- der Jugendverband kann die Unterstützung dieses Antrages nicht mehr zurücknehmen; sollte der Landesvorstand den Antrag zurückziehen, wird er trotzdem weiter bestehen
- es gibt auch klare Stellen in diesem Antrag, in denen wir uns klar neben die Kirche stellen; es gibt auch Stellen, über die wir nochmal diskutieren sollten
- wir dürfen das Thema nicht den Rechten überlassen und wir dürfen uns auch nicht wegmoderieren lassen
- es gibt auch Menschen aus der Kirche, die die Grundfrage dieses Papiers teilen und unterstützen
- der Antrag kommt entgegen anderer Meinungen genau zur richtigen Zeit; der Antrag ist inhaltlich gut und wir sollten dabei bleiben

TOP 5 – Sonstiges

Es gibt keinen weiteren Gesprächsbedarf.

F.d.R.

Dresden, 27.06.2016



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin